

A u f z e i c h n u n g

Über das Gespräch zwischen einer ungarischen Delegation unter der Leitung von Herrn Vize-Aussenminister Puja und einer schweizerischen Delegation unter der Leitung von Herrn Botschafter Thalmann vom 26. April 1973.

Puja :

Ich möchte ganz herzlich für Ihre Einladung danken und besonders hervorheben, dass unsere Diskussionen dazu beigetragen haben, die Beziehung zwischen der Schweiz und Ungarn weiterzuentwickeln. Sie haben auch dazu geführt, wichtige Probleme wie beispielsweise den Abschluss eines Handelsvertrages oder eines Abkommens über vermögensrechtliche Fragen zu regeln.

Wenn Sie einverstanden sind, möchte ich mich zuerst den internationalen Fragen zuwenden und nachher die bilateralen Punkte erörtern.

Die internationale Situation steht im Zeichen einer sich entwickelnden Entspannung, welche auch ihre Früchte in Europa zeitigt. In diesem Zusammenhang dient insbesondere die Regelung der Vietnam-Frage erwähnt zu werden. Allerdings wird die Lösung des Nahostkonflikts noch einige Zeit auf sich warten lassen, unserer Ansicht nach vermag er es aber nicht, die allgemeine Entspannung zu erschüttern.

Wenn wir uns Europa zuwenden, so bedürfen vor allem vier Punkte einer näheren Erörterung:

Zur deutschen Frage: Nach Abschluss der Verträge zwischen der Bundesrepublik einerseits, der Sowjetunion, DDR, Ungarn und Bulgarien andererseits, sowie nach den Fortschritten in den Verhandlungen zwischen Bonn und Prag betrachten wir diese Frage als gelöst.

- 2 -

Zwar stehen sowohl ein Friedensvertrag wie auch die Wiedervereinigung Deutschlands noch aus. Da diese Probleme zur Zeit nicht gelöst werden können, ändert das nichts an der vorherigen Feststellung. Es bestehen gute Aussichten, dass der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakai bis Ende Mai paraphiert und im Monat Juni unterzeichnet werden kann. Einigung über dessen Hauptpunkte besteht bereits heute. Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages wird auch die Türe zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn geöffnet sein.

Zur Europäischen Sicherheitskonferenz:

Im gesamten beurteilen wir die Verhandlungen in Helsinki als erfolgreich. Von den Resultaten der dritten Vorbereitungsrunde waren wir allerdings etwas enttäuscht, wir hoffen jedoch auf einen erfolgreichern Verlauf der vierten Etappe, damit die Konferenz anfangs Juli eröffnet werden kann.

Zu den einzelnen Körben wäre folgendes zu sagen:

Bezüglich des ersten Kapitels konnte eine Einigung erzielt werden. Zwar gab das Problem der Grenzen zu Diskussionen Anlass; die Teilnehmer vermochten sich schliesslich aber doch darauf zu einigen, dass die Grenzfrage in den Prinzipienkatalog aufgenommen wird.

Das zweite Kapitel war beherrscht vom Diskriminierungsproblem. Auch hier steht eine Lösung in Sicht, wenn wir auch noch nicht genau wissen, in welcher Form.

Zum dritten Kapitel: Auf diesem Gebiet sind die hauptsächlichsten Divergenzen festzustellen. Dennoch waren die Gespräche nützlich, dienten sie doch dazu, die verschiedenen Meinungen besser kennenzulernen.

- 3 -

Ich will Ihnen nicht verhehlen, dass die Vorbereitungsarbeiten noch besser hätten an die Hand genommen werden können als dies der Fall war. Es gibt gewisse Länder, die mit dem Vorwand, eine gründliche Vorbereitung sei unerlässlich, die Arbeit in Helsinki unnötig in die Länge gezogen haben. Mit detaillierten Programmen und laufend neuen Abänderungsvorschlägen versuchten sie, Wirrwarr zu stiften. Darunter befinden sich Ideen, welche unserer Auffassung nach überhaupt nicht in die Verhandlungen der Sicherheitskonferenz gehören. Insbesondere ist der dritte Korb in einer Weise erweitert worden, die es den sozialistischen Ländern nicht mehr ermöglicht, darauf einzutreten.

Zu den sogenannt militärischen Aspekten der Sicherheit:

Prinzipiell sind wir nicht dagegen, dass derartige Fragen in Helsinki behandelt werden. Man muss sich jedoch darüber klar sein, dass die Lösung militärischer Probleme nicht kurzfristig gefunden werden kann; hiezu braucht es einige Jahre. Aus diesem Grunde konnten wir uns auch nicht mit der Forderung befreunden, Militärprobleme auf die Tagesordnung der Sicherheitskonferenz zu setzen. Immerhin muss ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass wir in zwei Punkten Konzessionen zugestanden haben, nämlich bezüglich der Truppenmanöver und der Beobachter. Weiter können wir nicht gehen.

Die Schlussfolgerung, die wir aus der dritten Vorbereitungsrunde gezogen haben, sind im Wesentlichen die folgenden:

- Gewisse westliche Länder verfolgen eine Verzögerungstaktik in der Absicht, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen.
- Einige westliche Länder haben auch den Versuch unternommen, die Verhandlungen in Helsinki mit denjenigen in Wien zu verknüpfen.
- Die sozialistischen Länder haben demgegenüber viele Konzessionen eingeräumt; ich erwähne u.a. die Veränderung der Tages-

- 4 -

ordnung gemäss westlichen Wünschen, die Annahme der detaillierten Vorschläge Dänemarks, Italiens und Belgiens.

Wir haben dies getan, weil wir Ergebnisse erzielen wollen und weil es uns klar ist, dass auch die Vorstellungen des Westens geprüft werden müssen. Allerdings erwarten wir auch ein Entgegenkommen des westlichen Lagers, was bis jetzt nicht der Fall war. Daraus resultieren auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten. In unseren bilateralen Begegnungen haben wir immer wieder hervorgehoben, dass mit einer Taktik des Druckes nichts zu gewinnen sein wird. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Europäische Sicherheitskonferenz nicht nur für den Osten, sondern auch für den Westen nötig sein dürfte; wird sie im westlichen Lager nicht ernst genommen, so verliert sie jeden Sinn.

- Einige westliche Länder scheinen von dieser Konferenz sehr viel zu erwarten. Auch das ist ein Fehler. An einer Konferenz kann nicht alles und jedes gelöst werden. Abrüstungsprobleme beispielsweise könnten im Laufe einer zweiten Konferenz erörtert werden. Das Hauptziel der ersten muss aber in einer Verbesserung der Atmosphäre in Europa, sowie der Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten bestehen. Ein allfälliges Schlussdokument der Sicherheitskonferenz wird in der Folge nur angewendet werden können, wenn ihm in den zweiseitigen Beziehungen nachgelebt werden wird. Die Auflösung der Militärblöcke und die Fragen der Abrüstung sind einer weitem Zukunft vorbehalten. Heute muss davon ausgegangen werden, dass der status quo als Resultat des zweiten Weltkrieges ohne neuen Krieg nicht mehr geändert werden kann. Eine Tatsache, der sich auch die Bundesrepublik Deutschland nicht verschliessen kann.

Wir hoffen nun, die Vorbereitungen abschliessen zu können, damit der Beginn der Konferenz im Juni oder Juli nicht gefährdet ist. Es besteht durchaus die Möglichkeit, einige Probleme, die bis Ende

Mai nicht gelöst werden können, anlässlich der zweiten Konferenzphase, die ja drei bis fünf Monate dauern kann, nachträglich noch zu bereinigen. In dieser Phase der Konferenz wird es unumgänglich sein, mehrere Kommissionen gleichzeitig arbeiten zu lassen.

Eine weitere Erfahrung, die wir machen mussten: im grossen und ganzen hat die EWG nicht die positive Rolle gespielt, die man von ihr erwartet hat. Die Einstellung einiger ihrer Mitglieder, insbesondere Frankreichs, Grossbritanniens, sowie der Beneluxstaaten, war negativer als diejenige der Vereinigten Staaten von Amerika, die sich bis zum Ende sehr korrekt benommen und in positiver Weise dazu beigetragen haben, Hindernisse abzubauen. In der Beziehung muss auch die Haltung Spaniens, so paradox das klingen mag, gewürdigt werden; es hat in verdienstlicher Weise ebenfalls mitgeholfen, Probleme aus dem Wege zu räumen.

Im Zusammenhang mit der schweizerischen Haltung sind uns einige Punkte nicht ganz verständlich:

Zu Beginn der Vorbereitungen hat die Schweiz sehr nützliche und von allen Teilnehmern positiv gewürdigte Arbeit geleistet; sie hat beispielsweise auf sehr korrekte Art die Liste der Körbe zusammengestellt. Ferner waren von ihr auch keine derart übertriebenen Vorschläge zu erwarten, die Kompromissmöglichkeiten ausgeschlossen hätten.

Was wir nun aber weniger verstehen können, ist im Wesentlichen folgendes:

- Die ausdrückliche Unterstützung der dänischen Vorschläge bezüglich menschlicher Kontakte durch die schweizerische Delegation. Unter Korb 3 sollte unserer Auffassung nach in erster Linie der kulturelle Austausch zwischen Ländern gefördert werden. Mag man auch an eine gewisse Erweiterung gegenseitiger Kontakte und Informationen

- 6 -

denken, so geht das dänische Papier dennoch eindeutig zu weit. Beispielsweise gehören Vorschläge wie diejenige der Familienzusammenführung nicht hierher. Davon abgesehen gibt es auch eine Kehrseite der Familienzusammenführung: nach dem Gesetze aller Länder besteht eine Rückführungspflicht von minderjährigen Flüchtlingen. Wir mussten jedoch wiederholt erleben, dass westliche Länder Minderjährige, die aus Ungarn flüchteten, nicht zurückgegeben haben; auch ein Problem, das unter dem Titel "Familienzusammenführung" zu lösen wäre.

- Die schweizerische Haltung zum vierten Punkt, zum sogenannten permanenten Organ, ist uns bis auf den heutigen Tag nicht genau bekannt. Offenbar wird dieser Vorschlag von der Schweiz nicht unterstützt.

- In Helsinki hat der schweizerische Botschafter wiederum den Gedanken einer allfälligen Verschiebung des Konferenzbeginns in die Debatte geworfen. Damit sind aber selbst westliche Länder nicht mehr einverstanden, ich nenne an dieser Stelle bloss die USA, Frankreich, sowie die Bundesrepublik Deutschland.

Obwohl diese Frage für Ungarn nicht eine derart entscheidende Rolle spielt, vertreten wir doch die Auffassung, dass man nicht wieder Dinge aufwerfen soll, deren Lösung im Wesentlichen bereits hat gefunden werden können.

Bezüglich der Zusammenarbeit zwischen der schweizerischen und der ungarischen Delegation in Helsinki sind wir zufrieden, finden aber doch, dass sie noch enger gestaltet werden könnte.

Zum schweizerischen Projekt betreffend System zur friedlichen Streitbeilegung in Europa:

Unser Standpunkt hiezu hängt weitgehend von der Frage ab, wie das im schweizerischen Vorschlag vorgesehene Gericht zusammengesetzt wird. Ohne Einstimmigkeit können wir uns keine Unparteilichkeit vor-

- 7 -

stellen. Ueberhaupt können wir uns nicht vorstellen, wie unter den heutigen Umständen dieser Vorschlag verwirklicht werden sollte. Es ist allenfalls einer spätern Zukunft vorbehalten, ihn zu realisieren, nämlich dann, wenn das gegenseitige Misstrauen abgebaut sein wird.

An der definitiven Formulierung dieses Vorschlages sind wir dennoch sehr interessiert.

Zu Korb 3 :

Was das dänische Arbeitspapier anbetrifft, so darf ich zunächst feststellen, dass wir im Prinzip nicht gegen menschliche Kontakte eingestellt sind. Wir wenden uns aber gegen die Taktik, diese Fragen als die wichtigsten der Konferenz hochspielen zu wollen. Schliesslich befinden sich Länder wie die Türkei, Griechenland und Portugal im westlichen Lager; ich sehe nicht, wie Einstimmigkeit bezüglich des dritten Korbes erzielt werden könnte. Diese Fragen sind unseres Erachtens noch nicht reif für die Europäische Sicherheitskonferenz.

Zu Korb 2 :

Mit unserer Forderung nach einem Diskriminierungsverbot geht es uns lediglich darum, unsere Waren auf dem EWG-Markt nicht schlechter behandelt zu sehen als diejenigen anderer Staaten. Die EWG als solche wird aber von uns als Tatsache anerkannt. Falls auf diesem Sektor keine Lösung gefunden werden kann, muss sich Ungarn in anderer Richtung orientieren, was der Intensivierung europäischer Zusammenarbeit abträglich wäre. Bei Regelung wirtschaftlicher Probleme sind wir jedoch flexibel.

Zu Korb 4 :

Wir bestehen nicht unbedingt auf unserem Vorschlag, sondern sind bereit, ihn allenfalls abzuändern. Wir wollen der Konferenz

- 8 -

lediglich die Möglichkeit offenhalten, auf das Problem des permanenten Organs zurückzukommen. Deswegen wird es wohl keine grossen Diskussionen absetzen; es geht uns nur darum, die Verhandlungsarbeit zu erleichtern.

Truppenreduktionsgespräche in Wien:

In diesem Zusammenhang ist Ungarn in der westlichen Presse über Gebühr hochgespielt worden. Tatsächlich verhalten sich die Dinge folgendermassen:

Die Verhandlungen sind seit dem 21. Januar 1973 im Gange. Zwei Vorschläge standen sich auf der Tagesordnung gegenüber: derjenige der NATO vom 15. November 1972 sowie derjenige der Warschaupaktstaaten vom 17. Januar 1973. Die beiden Vorschläge entspringen zwei verschiedenen Konzeptionen: die NATO sucht Verhandlungen auf Basis von Blöcken, dem Warschaupakt geht es darum, alle interessierten europäischen Staaten einschliesslich USA und Kanada an diesen Verhandlungen teilnehmen zu lassen.

Mit der Auffassung der NATO gehen wir insofern einig, als das Prinzip der gleichen Sicherheit beachtet werden muss. Die NATO hat unsern Vorschlag mit ihrer Antwort vom 24. Januar 1973 abgelehnt. Unser Standpunkt hiezu ist der folgende:

Mit ihren Vorstössen geht es der NATO immer nur um einseitige Vorteile. So sieht beispielsweise ihr letzter Vorschlag den Einbezug sämtlicher Sowjettruppen vor, nicht aber denjenigen aller USA-Truppen. Ebenso wird die Südflanke des Warschaupaktes einbezogen, nicht aber diejenige der NATO (Italien und Türkei). Wir haben davon Kenntnis, dass in einem Krisenfall die in Italien stationierten USA-Truppen wie auch italienische Streitkräfte in Richtung Ungarn angesetzt werden sollen. Deshalb unser Gegenvorschlag, der einen Einbezug Ungarns nur dann zur Diskussion stellt, wenn auch Italien miteinbezogen wird. Ein

Standpunkt übrigens, der bereits anlässlich der Diskussionen um den Gomulka-Plan 1964/65 von Ungarn vertreten wurde. Die Chance, zu einer Kompromisslösung zu gelangen, hängt nun vom NATO-Rat ab. Ihr Zustandekommen würde auch weitere Fortschritte in Helsinki ermöglichen.

Andererseits ist es erfreulich feststellen zu können, dass die westlichen Länder die Nützlichkeit der Gespräche in Wien nie in Zweifel gezogen haben. Insbesondere die USA scheinen an Truppenreduktionen in Europa sehr interessiert zu sein. Jedenfalls mehr als gewisse europäische Länder, die zuerst vertrauensbildende Massnahmen realisiert sehen möchten, bevor zu Reduktionen geschritten würde. Die USA, und wir mit ihnen, treten jedoch für die umgekehrte Reihenfolge ein. So oder so handelt es sich um äusserst komplexe Probleme, deren Lösung mindestens zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen wird.

Im übrigen sind wir gegen das Wort "ausgewogen". Auf die präzise Frage, was darunter zu verstehen sei, ist die NATO bis heute die Antwort schuldig geblieben. Zwar vertreten wir das Prinzip der gleichen Sicherheit. Dadurch darf aber keinesfalls das Gleichgewicht der Sicherheit verändert werden. Deshalb müssten beispielsweise bestimmte Waffensysteme der NATO in grösserem Masse reduziert werden als solche des Warschaupakts. Die USA scheinen sich davon Rechenschaft abzulegen und nicht derart übertriebene Forderungen zu stellen wie beispielsweise Grossbritannien.

Im allgemeinen kann gesagt werden, dass für die sozialistischen Staaten die Haltung der USA sehr wichtig ist. Mit grosser Genugtuung haben wir die Aenderung ihrer Politik konstatiert, die darauf ausgerichtet ist, aus der Periode des kalten Krieges herauszukommen und die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten zu suchen. Zur Illustration erwähne ich einige Anhaltspunkte:

- die Haltung der USA an der Konferenz in Helsinki;
- die Einstellung der USA zu den Problemen der Truppenreduktion;

- 10 -

- die Vietnam-Verträge;
- die bilateralen Beziehungen der USA zur Sowjetunion;
- das wachsende Interesse der USA an Abrüstungsfragen;
- das Interesse der USA an wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Wir hoffen, dass diese günstige Entwicklung nicht durch neu auftauchende Krisen gefährdet werden wird.

Die Einstellung gewisser westlicher Staaten zur Frage der Sicherheit scheint von der Angst vor einer bilateralen Zusammenarbeit USA-Sowjetunion diktiert zu sein. Wir betonen deshalb immer wieder, dass es uns nicht darum geht, mit den USA eine Front gegen andere westliche Länder bilden zu wollen. Wir sind bereit, Kontakte zu allen andern Ländern des Westens aufzunehmen.

Was die Beziehungen der USA zu Japan anbetrifft, kann eine gewisse Interessenidentität bezüglich der gegenüber Europa zu befolgenden Politik festgestellt werden. So sind beispielsweise beide Staaten an der Beseitigung von wirtschaftlichen Diskriminationen interessiert.

Vietnam:

Die Realisierung der in der ICC übernommenen Aufgaben stösst auf grosse Schwierigkeiten. Wir haben uns zwar sehr gefreut über die Tatsache, dass die Pariser Verträge unterzeichnet werden konnten, gaben uns aber bezüglich ihrer Durchführung keinen Illusionen hin. Die durch das "Leopardenfell" geschaffene Situation ist sehr kompliziert. Vorläufig kann von einer Einstellung der Kämpfe nicht gesprochen werden.

Bis jetzt haben wir in der Kontrollkommission folgende Erfahrungen gemacht: wir haben die Ueberzeugung gewonnen, dass die Vertragsverletzungen in grossem Masse von Saigon ausgehen, da es versucht, seine territorialen Positionen noch zu verbessern. Ferner be-

- 11 -

kundet Saigon grosse Angst vor der zu leistenden politischen Arbeit, weil es dafür nicht vorbereitet ist. In seinem 6-Punkte-Programm werden zuerst allgemeine Wahlen vorgesehen. Unter den jetzigen Verhältnissen ist aber an allgemeine Wahlen schlechthin nicht zu denken. Zuerst gilt es, die politischen Freiheiten zu sichern, erst später kann eventuell an allgemeine Wahlen gedacht werden.

Ebenfalls sind wir davon überzeugt, dass die provisorische Regierung Südvietnams sowie Nordvietnam einen Frieden wünschen. Beide haben riesige Zerstörungen zu beklagen. Zudem sind ihre militärischen Kräfte viel schwächer als die Armee Saigons.

In den Pariser Diskussionen ist der Vorschlag der Schaffung von Korridoren zwischen den Flecken gemacht worden. Davon wollte Südvietnam nichts wissen; es ist gewillt, diese Flecken zu erdröseln. Wenn aber Korridore nicht zustandekommen, muss man sich nicht wundern, dass der nötige Nachschub durch Laos und Kambodscha herbeigeschafft wird. Solange auch für die Sicherheit der eingesetzten Menschen keine besseren Garantien bestehen, wird die ICC nicht arbeiten können. Wiederholt machten wir sowohl Saigon wie Washington darauf aufmerksam, dass unsere Leute angegriffen und sogar beschossen wurden.

Zwar werfen uns die USA eine parteiische Haltung und unsere Vetos vor. Andererseits könnten aber auch wir auf die kanadischen Vetos hinweisen. Die entsprechende Antwort an die USA haben wir nicht publiziert in der Absicht, die Situation nicht noch mehr zu verschärfen.

Noch ein Hinweis zum Helikopterabsturz: Obwohl die Flugkorridore sehr gut markiert sind, ist besagter Helikopter ganze 25 km nach Südosten abgewichen anstatt die Richtung nach Nordwesten einzuhalten. Warum dies geschehen ist, wissen wir nicht. Wir haben allen Anlass, dahinter ein verdächtiges Manöver der amerikanischen Besatzung zu vermuten. Davon abgesehen befinden wir uns im Besitze von Dokumer-

- 12 -

ten die belegen, dass Helikopter Südvietsams mit dem Zeichen der ICC markiert worden sind. Sollte dies zutreffen, ist es der Kontrollkommission nicht mehr möglich, Helikopter einzusetzen.

Bilaterale Probleme:

Die bilateralen Beziehungen mit der Schweiz beurteilen wir auf allen Gebieten als sehr gut. Die Gespräche, die Sie letztes Jahr mit uns in Budapest geführt haben, wirkten sich in jeder Beziehung positiv aus. Deshalb befürworten wir auch in Zukunft die Fortsetzung derartiger Zusammenkünfte und ich nehme die Gelegenheit wahr, Sie herzlich nach Ungarn einzuladen zu einem für Sie genehmen Zeitpunkt. Wir sind ferner der Ansicht, dass selbst ein Treffen unserer Aussenminister, eventuell in der zweiten Hälfte dieses Jahres, erwägenswert und auch sehr nützlich wäre.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sich die Fortschritte unverkennbar: Der Handelsvertrag konnte paraphiert, die Vermögensverhandlungen in befriedigender Weise abgeschlossen werden, und schliesslich ist nicht daran zu zweifeln, dass der Beitritt Ungarns zum GATT eine Vertiefung wirtschaftlicher Kontakte bewirken wird.

Unseren Unternehmern können wir nur den guten Rat geben, den schweizerischen Produkten einen grössern Anteil am ungarischen Handel zu verschaffen, nicht zuletzt auch deshalb, damit er nicht zu einseitig auf die Bundesrepublik ausgerichtet bleibt.

Als nützlichste Form wirtschaftlicher Zusammenarbeit erscheint uns die Kooperation. Kommen Kooperationsgeschäfte zustande, so erweitert sich auch der Handel. Ich darf daran erinnern, dass wir bereits 16 Kooperationsgeschäfte mit der Schweiz auf den Sektoren Chemie, Maschinenindustrie und Medizin abgewickelt haben. Auf diese Weiterentwicklung legt Ungarn grossen Wert. Ferner darf der Besuch

- 13 -

einer Delegation des Schweizerischen Handels- und Industrievereins in Ungarn als fruchtbar und das Echo als positiv bewertet werden. In diesem Zusammenhang möchte ich die grosse Arbeit, welche der schweizerische Botschafter in Ungarn geleistet hat, gebührend hervorheben.

Zu den kulturellen Beziehungen: Auf diesem Gebiet werden die Früchte unserer Gespräche wohl erst später sichtbar werden. Wir sind der Ansicht, dass die kulturelle Zusammenarbeit intensiviert werden könnte. Ich darf aber auch hier wiederum die sehr gute Arbeit Ihres Botschafters lobend erwähnen.

Wie Sie wissen, existiert noch eine kleine Angelegenheit, die der Erledigung harret; ich glaube aber nicht, sie speziell erwähnen zu müssen (Ungarisches Auslieferungsbegehren in Sachen Csorba/Zöldy).

Thalmann:

Verdankt die Einladung zu einem Besuch in Ungarn und weist gleichzeitig auf die praktischen Schwierigkeiten hin, die sich dem kleinen Apparat unseres Aussenministeriums bei Intensivierung der Besuchsdiplomatie stellen.

Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit: Bestätigung der ungarischen Auffassung, wonach sich diese Beziehung in erfreulicher Weise entwickelt hat; Feststellung, dass sich die Kooperation insbesondere mit Ungarn erfolgreich realisieren liess.

Zur Frage der ungarischen Beteiligung am Comptoir Suisse in Lausanne: Der Rat an die ungarische Botschaft in Bern, wonach sich die ungarische Regierung direkt mit der Direktion des Comptoirs in Verbindung setzen möge, wird wiederholt. Zugleich wird der Wunsch um baldige Stellungnahme ausgedrückt.

Zu den kulturellen Beziehungen: Auch hier die Feststellung, dass bereits vieles an die Hand genommen worden ist. Insbesondere Erwähnung des Planes, eine ungarische Ausstellung im Zürcher Kunsthaus zu organisieren. In diesem Zusammenhang wird der Wunsch nach thematischer Straffung dieser Veranstaltung erhoben. Mit besonderer Genugtuung wurde ferner der ungarische Entschluss, sich am 30. Eidgenössischen Sängerkongress mit einem Kinderchor der einzigartigen Kodaly-Singschule vertreten zu lassen, registriert. Ferner wird schweizerischerseits auf den Austausch von Filmwochen, sowie auf die Wanderausstellung "Bela Bartok" hingewiesen.

Der ungarischen Delegation werden schliesslich die Schwierigkeiten, die sich einer umfassenden Regelung des kulturellen Austausches mittels eines Staatsvertrages entgegenstellen, mit dem schweizerischen Föderalismus erklärt. Er sollte jedoch der Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen nicht im Wege stehen. Mit Genugtuung wird festgestellt, dass die beiden nationalen UNESCO-Kommissionen miteinander in Kontakt getreten sind, um die kulturelle Zusammenarbeit enger zu gestalten.

Zum Austausch von Stipendiaten: Zwar sei für das Universitätsjahr 1972/73 die schweizerische Offerte unbenützt geblieben, da ungarischerseits kein Kandidat gemeldet wurde. Dessen ungeachtet sei für das Jahr 1973 ein, für 1974 zwei Stipendien für ungarische Studenten vorgesehen. Mit grosser Freude sei die Bereitschaft Ungarns registriert worden, auch seinerseits schweizerische Studenten aufzunehmen. Dieses Angebot werde, nicht zuletzt aus sprachlichen Gründen, vermutlich vor allem von schweizerischen Musikstudenten wahrgenommen werden.

Schliesslich wird der ungarischen Delegation noch der schweizerische Wunsch nach einer Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zur Kenntnis gebracht.

- 15 -

(Anschliessend orientiert Herr Fritschi die ungarische Delegation über die Erledigung des Auslieferungsfalles Csorba/Zöldy).

Puja:

An einer intensiveren Zusammenarbeit unserer Wissenschaftler sind wir überaus interessiert. Ich darf in diesem Zusammenhang den Besuch unseres Botschafters ankündigen, der Ihnen bezüglich der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit neue Vorschläge unterbreiten wird. Ihre Ausführungen zum Stipendienwesen habe ich mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen und ich werde den Stand der Dinge auf unserer Seite überprüfen lassen.
